2026/2

%attac



#RedenWir

GUTE ARBEIT VERDIENT EINE GUTE PENSION.

über faire Pensionen

Bis 65 ist genug! Statt an den Pensionen zu sägen, gehört der Arbeitsmarkt aufgeräumt: Betriebe müssen Ältere halten und Jobs müssen gesund machbar sein. Faire Arbeit sichert die Pension von morgen.

mitmachen.arbeiterkammer.at

AK WIEN

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

inhaltsverzeichnis

Stop ReArm Europe	4
EU-Budget: Milliarden für Waffen	6
Neue EU-Steuerregeln	7
Die Reichsten erbten Milliarden – steuerfrei	8
Weltsozialforum in Benin	11
EU-Handelsabkommen	12
Neuer Kurswechsel	13
Rätselseite	14

Impressum
Attac Österreich Magazin 2026/2

Attac Österreich
Netzwerk für eine demokratische, sozial-, ökologisch- und geschlechter-gerechte Gestaltung der Wirtschaft
Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger, Janna Gaal, Wolfgang Homola, Anne Lange, Klara Tolnai
grafikteam@attac.at
Druck: Druckerei Janetschek GmbH, 3860 Heidenreichstein
Auflage: 3.600 Stück
Für den Inhalt verantwortlich: Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben): Attac Österreich
Inseratenakquisition: Lena Gerdes, Monika Stadler
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger, David Walch
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, Oktober 2026

Liebe Freund*innen von Attac!

Unser Frühjahrsmagazin war gerade ausgesendet, da stand schon die heuer erstmals abgehaltene Frühjahrsakademie auf Cap Wörth am Wörthersee am Programm: Drei Tage Diskussionen, Workshops, Bannermalen und eine aktivistische Bootsausfahrt haben uns für die kommenden Monate motiviert – Motivation, die wir gut brauchen können für die unermüdliche Arbeit in diesen leider so ‚interessanten' Zeiten.

Handelsabkommen, Militarismus, Steuergerechtigkeit oder der Einfluss von Big Tech-Konzernen sind Themen, die nicht nur für uns, sondern in ganz Europa Brennpunkte der politischen Auseinandersetzung sind. Attac Österreich legt 2026 daher ein besonderes Augenmerk auf internationale Zusammenarbeit: Im Rahmen unserer Kampagne *Wettrüsten Stoppen* sind wir – so wie über 1000 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen – Teil des europaweiten Bündnisses „Stop ReArm Europe" (mehr dazu auf den Seiten 4 – 5).

Das Jahrestreffen des EAN (Europäisches Attac Netzwerk) wurde heuer von uns organisiert. Attac Vertreter*innen von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Norwegen und Spanien kamen für drei Tage nach Wien, Attac Ungarn und unsere Partnerorganisation Global Justice Now aus England waren online zugeschaltet. Als eines der Ergebnisse ging die neue internationale Attac Website *GlobAttac* (www.attac.org) mit Verweisen auf alle derzeit aktiven Attac Gruppen (Chapters) weltweit online. Und als Beitrag von Attac Österreich werden unsere neuen Policy Papers „Attac Insights" jetzt den europäischen Gruppen in englischer Sprache zur Verfügung gestellt.

Einige Attac Chapters nahmen auch am World Social Forum 2026 in Cotonu (Benin) teil. Für Attac Österreich waren Anna Lena Buchleiter vom Vorstand und Theresa Kofler vom Attac Büro mit dabei und berichten von Repressionen der beninischen Regierung – und von Zusammenhalt und Resilienz der Zivilgesellschaft (Seite 11).

Über den Sommer wurden die Vorbereitungen für unseren Auftritt beim internationalen Ars Electronica Festival 2026 in Linz intensiviert. Für fünf Tage im September stand uns ein Teil des Linzer Hauptplatzes als *Attac Democracy Zone* zur Verfügung. Unter dem heurigen Festivalmotto *Negotiating Humanity* brachten wir unser Kampagnenthema für Frieden und Abrüstung mit Künstler*innen der Kunstuni Linz und befreundeten NGOs nach Linz. Mehr über diesen spannenden Versuch einer Zusammenführung von aktivistischer Kunst und künstlerischem Aktivismus im nächsten Heft.

Eine anregende Lektüre und viel Motivation für den politischen Herbst wünscht

euer Attac-Vorstand

Stop ReArm Europe und der internationale jugendstreik im november

von Max Hollweg

Am 14. Juni gegen 15 Uhr füllt sich der Platz im Zentrum Brüssels: Aus allen Richtungen strömen Menschen mit selbstgebastelten Schildern herbei. Vor der Bühne stehen Plakate mit dem Spruch „Welfare not Warfare“ – übersetzt in ein Dutzend Sprachen. Ein paar Meter weiter drängt sich eine Traube aus Journalist*innen und Social-Media-Creator*innen um den britischen Politiker Jeremy Corbyn. Gewerkschaftsfunktionär*innen halten Reden, dazwischen Greenpeace, feministische Gruppen und die Palästina-Bewegung, die „Metal Workers against War“ sowie Arbeiter*innen aus dem Gesundheitswesen. An diesem Nachmittag ist es den lokalen Organisator*innen in Brüssel gemeinsam mit dem internationalen Bündnis Stop ReArm Europe gelungen, zwei bisher häufig getrennte Kämpfe zusammenzuführen: das Aufbegehren gegen Austerität und Kürzungspolitik mit dem Widerstand gegen Kriege und das europäische Aufrüsten.

Eine Krise, viele Gesichter, das gleiche Muster

Dem Aufruf von Stop ReArm Europe – einem europaweiten Bündnis von über 1000 zivilgesellschaftlichen Organisationen – sind zahlreiche Aktivist*innen gefolgt. Auch aus Österreich sind wir mit einer Delegation unserer Kampagne „Wettrüsten stoppen!“ von Attac, WILPF und dem Versöhnungsbund präsent. In den vielen Gesprächen rund um die Demonstration fällt auf: Die politische Dynamik ist in den verschiedenen europäischen Ländern erstaunlich ähnlich. Getrieben von hoher Inflation, Energiekrisen und wachsenden Schulden werden fast überall Sozialleistungen gekürzt. Rechte Mehrheiten, gestützt von rassistischen Diskursen, wälzen die Lasten dieser Krisen und Kriege auf die einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen ab – und längst nicht nur auf sie. Auch die untere Mittelschicht spürt die Einschnitte. Die Hoffnung auf Aufstieg, auf eine bessere Zukunft und auf Wohlstand für alle ist dünn gesät.

Genau darauf bauen rechte, konservative und mitunter auch sozialdemokratische Kräfte ihre Erzählung: Das Wohlfahrtsversprechen kann nicht mehr für alle eingelöst werden. Es geht ohnehin alles den Bach runter. Die Welt brennt. Also lasst uns abschotten und hochrüsten, um die gesellschaftliche Ordnung notfalls mit Gewalt zu sichern. „Auch du kannst dazugehören“, lautet das Versprechen. Doch wahlweise werden ganze Gruppen aus dieser Zugehörigkeit ausgeschlossen. Das lässt sich auch in Österreich täglich beobachten. Arbeitslose, Geflüchtete und suchtkranke Menschen sind dabei die Ersten, die fallen gelassen werden. Solidarität und Menschenrechte gelten nur noch dort, wo sie gerade passen. Nach Jahren der Krisen müssten nun eben Abstriche gemacht werden, so die Botschaft.

Keine Illusionen, aber ein Plan für den Widerstand

Umso wichtiger, dass sich gerade jetzt neue Bewegungen formieren. Illusionen sollte sich dabei niemand machen: Die politischen Mehrheiten in der EU sind in den vergangenen Jahren weit nach rechts gerückt.



Großdemo in Brüssel (Juni 2026)

Große Demonstrationen oder der tausendste offene Brief werden daran nichts Grundlegendes ändern. Dafür müssen sich die Kräfteverhältnisse erst dramatisch verschieben.

Den Anwesenden in Brüssel scheint die Dramatik der Lage bewusst zu sein. Die meisten waren in den vergangenen Jahren ja nicht untätig. Sie haben gegen Genozide, Kriege, Patriarchat, gegen eine menschenverachtende Migrations- und Sozialpolitik oder die Klimakatastrophe gekämpft. Sie haben gesehen, wozu die EU und der sogenannte Westen fähig sind. Anders als in der Hochphase der Klimabewegung gibt es hier kaum noch die Wunschvorstellung, die aktuelle politische Klasse würde Menschenrechte, Klimagerechtigkeit oder eine echte Friedenspolitik plötzlich ernst nehmen. Das verändert die Perspektive. Was auf den ersten Blick deprimierend wirkt, kann mittelfristig zu neuen Strategien führen, die das System tatsächlich stören.

Neue Bewegungsperspektiven in der Stop ReArm Europe Versammlung

Am Abend nach der Demonstration verlagert sich das Geschehen in den großen Saal der Königlichen Bibliothek von Brüssel. Immer mehr Menschen drängen herein. In roten Kinosesseln verfolgen die Teilnehmenden gespannt die kurzen Interventionen der Sprecher*innen. Weit über 100 Organisationen und Bewegungsgruppen sind mit Delegierten vertreten.

Lange geopolitische oder gesellschaftspolitische Analysen sucht man an diesem Abend vergebens. Man ist sich in den großen Fragen einig oder hält Differenzen aus. Gerade das macht die Versammlung so erfrischend mobilisierend. Denn der Fokus liegt klar auf der gemeinsamen Organisierung. Nach Jahren eskalierender Kriege und Krisen scheint man sich auf einen gemeinsamen Nenner verständigt zu haben: „The shit hit the fan a while ago." Die Konsequenz, die daraus gezogen wird, ist ebenso schlicht wie dringlich: Es ist Zeit, wieder handlungsfähig zu werden.

Der Plan steht: Jugendstreik und große Mobilisierungen im November

Genau darauf arbeiten nun verschiedene Vernetzungen hin. Der neue internationale Zusammenschluss Youth International Strike ruft zum Jugendstreik am 20. November auf. Unter dem Motto "Fight for our future, not their wars!" streiken Schüler*innen, Studierende und junge Menschen in vielen europäischen Ländern. Dem schließen wir uns als Stop ReArm Europe an und rufen ebenfalls für das Wochenende vom 20. bis 22. November zu Protesten gegen die Militarisierung Europas und für soziale Gerechtigkeit statt Krieg auf.

Auch in Österreich mobilisieren wir als neue nationale Plattform mit dutzenden Organisationen zu Streik und Protesten. Es ist der Versuch eine gemeinsame Bewegung in Fahrt zu bringen, die sich gegen die Gefahr von Kriegen und für eine solidarische Zukunft auflehnt. Um gesellschaftlich ernst und wahrgenommen zu werden, müssen wir jedoch viel breiter werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass uns die nächsten menschenverachtenden Reformen und Krisen ungehindert überrollen. Wir müssen uns konsequent und gemeinsam starkmachen: gegen Sozialkürzungen, Kriegstreiberei und gesellschaftliche Ausschlüsse.









humanitäre hilfe und klimaschutz bleiben außen vor

EU-budget: milliarden für waffen statt sicherheit für menschen

von Max Hollweg

Als im Sommer die Wälder in Frankreich, Spanien, Kroatien und Griechenland brannten, wurde deutlich, wie verletzlich Europa angesichts der Klimakatastrophe ist. Hunderttausende Menschen mussten fliehen, tausende Hektar Wald gingen in Flammen auf. Man könnte meinen, das würde die EU dazu bewegen, mehr in den Schutz der Bevölkerung zu investieren. Das Gegenteil ist der Fall.

Der neue Mehrjährige Finanzrahmen (MFF) der EU für 2028 bis 2034 setzt andere Prioritäten. Künftig sollen 131 Milliarden Euro in Verteidigung und Raumfahrt fließen – mehr als fünfmal so viel wie bisher. Für den Katastrophenschutz sind dagegen nur rund 11 Milliarden Euro vorgesehen. Auch an anderen Stellen drohen aufgrund der explodierenden Rüstungsbudgets massive Kürzungen: bei Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz, beim Europäischen Sozialfonds, in der Regionalentwicklung und in der Agrarpolitik. Die Folgen: weniger Kinderbetreuungsplätze, längere Wartezeiten in Krankenhäusern, steigende Wohn- und Energiekosten, ausgedünnter öffentlicher Nahverkehr, weniger Geld für Klimawandelanpassung und Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig sollen bislang zivile Programme aus Forschung, Mobilität und Regionalentwicklung künftig verstärkt militärisch nutzbar sein. Profitieren dürften vor allem die Rüstungsindustrie und andere Großkonzerne.

Verstärkt wird dieser Trend durch nationale Aufrüstungsprogramme in vielen EU-Staaten, die mit Kürzungen beim Wohlfahrtsstaat einhergehen. Investitionen in Konfliktprävention und zivile Friedensförderung geraten dabei aus dem Blick oder werden auf rein militärische Maßnahmen reduziert.

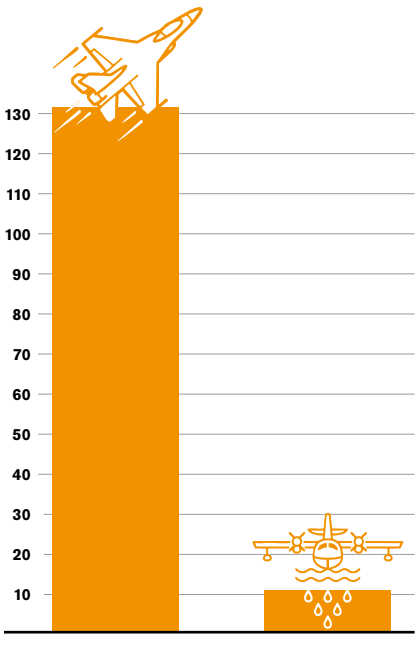
Konflikte um EU-Budget

Beim EU-Gipfel und in den Verhandlungen der Mitgliedstaaten geht es derzeit vor allem um eine Frage: Wer zahlt wie viel in den gemeinsamen Haushalt ein? Nettozahler wie Deutschland, Österreich oder die Niederlande pochen auf ein möglichst schlankes Gesamtbudget, andere Staaten fordern mehr Spielraum für nationale Prioritäten. Über die Grundausrichtung des Finanzrahmens – die massive Verschiebung hin zu Rüstungsausgaben – wird dabei kaum verhandelt. Sie gilt als gesetzt.

Wie groß allein die 131 Milliarden Euro für Verteidigung und Raumfahrt sind, zeigt ein Vergleich: Sie entsprechen fast dem 30-Fachen des gesamten EU-Gesundheitsprogramms „EU4Health" der laufenden Förderperiode. Es ist auch mehr als das Fünffache des Mindestbudgets von 25 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe, dessen Sicherung die Zivilgesellschaft für den Zeitraum 2028 bis 2034 fordert. Angesichts zunehmender Naturkatastrophen und Konflikte wäre es dringend notwendig, Geld in diese Bereiche zu stecken.

Der EU-Finanzrahmen beinhaltet mehr als abstrakte Zahlen. Er legt fest, wofür die EU zukünftig ihre Gelder ausgibt und was sie tatsächlich möchte – sich auf einen Krieg vorbereiten oder vor den Folgen der Klimakrise, sozialer Ungleichheit und einer zerbröckelnden Gesundheitsversorgung schützen. Die aktuellen Vorschläge und Verhandlungen lassen leider wenig Raum zur Hoffnung.

12x mehr Geld für die Militarisierung als für den Katastrophenschutz





die regierung sollte das paket im EU-rat ablehnen

neue EU-pläne erleichtern steuermissbrauch durch konzerne

von David Walch

Die EU verliert schon jetzt rund 210 bis 250 Milliarden Euro jährlich durch Steuermissbrauch von Konzernen. Diese Steuereinnahmen fehlen bei öffentlichen Dienstleistungen und beim sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Ende Juni 2026 hat die EU-Kommission nun ihre Pläne für ein „Paket zur Vereinfachung des Steuerwesens“ vorgestellt. Dabei höhlt die Kommission ausgerechnet jene Regeln aus, die sie als Folge großer Steuerskandale (LuxLeaks etc.) selbst geschaffen hat, um den Steuermissbrauch multinationaler Konzerne zumindest ein wenig einzudämmen. So wird zum Beispiel die EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Steuerumgehung (ATAD) mehrfach ausgehöhlt. Das betrifft etwa die steuerliche Absetzbarkeit von Zinszahlungen und Forschungsausgaben oder die Verlagerung von Gewinnen in niedrig besteuerte Auslandsgesellschaften. All diese Regelungen waren schon in der Vergangenheit missbrauchsanfällig und werden nun weiter geschwächt.

Konzerne werden Milliarden weniger beitragen

Mit dem Paket sollen zusätzlich auch Steuerbefreiungen für Unternehmen ausgeweitet werden. Quellensteuern auf Zinsen, Lizenzgebühren bzw. Dividenden zwischen Gesellschaften werden nun unabhängig von der Beteiligungshöhe steuerbefreit sein. Damit würden sich Konzerne laut offizieller Folgenabschätzung rund 5,34 Milliarden Euro pro Jahr ersparen. Das ist auch ein Steuergeschenk an die Reichsten, da diese ihr Vermögen in Holdinggesellschaften anlegen, deren Dividenden in der EU nicht besteuert werden.

Als Folge des gesamten Pakets könnten in Summe 7,9 Milliarden Euro mehr „an die Aktionäre ausgeschüttet werden“. Wenig überraschend begrüßt die Konzernlobby BusinessEurope das Paket, enthält es doch viele jener Forderungen, die sie bei Lobbygesprächen mit der Kommission vorgebracht hat. Wir fordern die österreichische Regierung hingegen auf, das Paket im EU-Rat abzulehnen.

Vereinfachung wäre nötig

Das System internationaler Konzernbesteuerung ist tatsächlich äußerst komplex. Ginge es der Kommission wirklich um Vereinfachung, müsste sie das komplexe und missbrauchsanfällige aktuelle System durch eine *Gesamtkonzernsteuer* ersetzen. Dabei werden multinationale Konzerne als Einheit und auf Basis ihres global erzielten Gewinns besteuert. Dieser Gewinn wird (entsprechend dem Anteil der jeweiligen Konzerntöchter an der globalen Wertschöpfung) auf die Staaten aufgeteilt und anschließend dort besteuert. Kombiniert mit einem Mindeststeuersatz von 25 Prozent hätten Gewinnverschiebungen und internationales Steuerdumping damit ein Ende.

Das Prinzip der Gesamtkonzernsteuer ist auch Teil der aktuellen – noch bis 2027 laufenden – Verhandlungen für eine UN-Steuerkonvention. Sie bieten die historische Chance, ein gerechteres globales Steuersystem zu schaffen. Doch ausgerechnet die EU-Staaten stehen auf der Bremse, wenn es darum geht, dort eine wirklich effizientere und einfachere Besteuerung globaler Konzerne voranzubringen.

in österreich wächst reichtum vor allem durch vererbung

die reichsten erbten 76,4 milliarden euro – steuerfrei

von David Walch

Österreich zählt zu den wenigen Industriestaaten, in denen es keine Erbschafts- und Schenkungssteuer gibt. Gleichzeitig ist die Vermögenskonzentration in Österreich im europäischen Vergleich besonders hoch – in keinem anderen westeuropäischen Land sind Vermögen so ungleich verteilt wie in Österreich. Das reichste ein Prozent besitzt 40 Prozent des gesamten Vermögens; allein die drei reichsten Familien besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen.

Insbesondere Erbschaften spielen eine immer größere Rolle bei der wachsenden Vermögenskonzentration: Über 40 Prozent des gesamten jährlichen Erbvolumens gehen an das eine Prozent der Erb*innen mit der höchsten Erbschaft. Und nur 1 Prozent der Bevölkerung erbt mehr als 1 Million Euro. Von den aktuell 51 Milliardär*innen in Österreich haben 84 Prozent ihr Vermögen geerbt, nur rund 16 Prozent haben es unternehmerisch erwirtschaftet.

Das Auslaufen der Erbschaftssteuer im Jahr 2008 hat zu einem signifikanten Anstieg des Vermögensanteils des reichsten Prozents beigetragen – und damit die Ungleichverteilung von Vermögen noch weiter verschärft.

Wie viel erben die Reichsten?

Bislang gab es jedoch keine detaillierten Untersuchungen über die Erbeinkommen der reichsten Menschen in Österreich. *Attac hat daher in einer großen Recherche alle Erbfälle in den Trend-Listen der „100 reichsten Österreicher*innen“ von 2008 bis 2025 ausgewertet* (also ab dem Zeitpunkt des Auslaufens der Erbschafts- und Schenkungssteuer). In diesem Zeitraum fanden sich 187 Personen bzw. Familien auf der Liste. Die Attac-Recherche ergab dabei 63 potenzielle Erbschaftssteuer-Fälle.

Das Ergebnis verblüfft: Seit 2008 haben die Erb*innen der 100 reichsten Österreicher*innen stolze *76,4 Milliarden Euro geerbt* – ohne dafür einen einzigen Euro Steuerbeitrag zu leisten. Denn bei einer Erbschaft handelt es sich um einen Vermögenszuwachs, der auf Seiten der Erb*innen noch nie besteuert wurde. Im jährlichen Durchschnitt entspricht dies einer Summe von 4,2 Milliarden Euro. Um einen vergleichbaren Betrag durch Arbeit zu verdienen, müssten rund 82.000 Menschen (also nahezu ganz Klagenfurt) ein ganzes Jahr lang arbeiten und Steuern zahlen.

Allein die 10 größten Erbschaften in Österreich summierten sich im untersuchten Zeitraum auf mehr als 51 Milliarden Euro.

1. Dietrich Mateschitz: gestorben 2022. Geschätztes Vermögen: *24,9 Milliarden Euro*
2. Ferdinand Piëch: gestorben 2019. Geschätztes Vermögen: *6,2 Milliarden Euro*
3. Helmut Sohmen: gestorben 2025. Geschätztes Vermögen: 5 *Milliarden Euro*
4. Karl Wlaschek: gestorben 2015. Geschätztes Vermögen: *4,7 Milliarden Euro*
5. Alwin Lehner: gestorben 2018. Geschätztes Vermögen: *2,9 Milliarden Euro*
6. Heidi Horten: gestorben 2022. Geschätztes Vermögen: *2,8 Milliarden Euro*
7. Gaston Glock: gestorben 2023. Geschätztes Vermögen: *1,8 Milliarden Euro*
8. Melinda Esterházy: gestorben 2014. Geschätztes Vermögen: *1,5 Milliarden Euro*
9. Johann Breiteneder senior: gestorben 2016. Geschätztes Vermögen: *1,3 Milliarden Euro*
10. Hilde Schwarzkopf: gestorben 2015. Geschätztes Vermögen: *1,3 Milliarden Euro*

Für eine progressive Erbschaftssteuer ab 5 Millionen Euro

Das Auslaufen der Erbschaftssteuer 2008 schuf somit ein milliardenschweres Steuerprivileg. Während Millionen Menschen auf ihr Arbeitseinkommen Steuern zahlen, können leistungslose Milliardeneinkommen weiterhin völlig ohne Steuerbeitrag geerbt werden.

Daher fordern wir die Wiedereinführung einer progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem Freibetrag von 5 Millionen Euro. Das Attac-Modell sieht folgende Steuerstufen vor:

Stufe	Betrag	Steuersatz
Freibetrag	bis 5 Mio. Euro	0 %
1. Stufe	5 bis 10 Mio. Euro	30 %
2. Stufe	10 bis 50 Mio. Euro	35 %
3. Stufe	über 50 Mio. Euro	50 %

Bis zu 36,2 Milliarden Euro an Einnahmen gingen verloren

Wäre die Erbschaftssteuer 2008 derart reformiert worden, hätten die Erb*innen der 100 reichsten Österreicher*innen 36,2 Milliarden Euro an Steuerbeiträgen geleistet. Mit den aktuellen Erbschaftssteuermodellen von SPÖ bzw. Grünen wären es 26,4 Milliarden Euro gewesen. Wichtig ist zu beachten: Die Gesamteinnahmen, die nicht nur die 100 Reichsten, sondern alle Steuerpflichtigen über dem Freibetrag inkludiert, wären deutlich höher ausgefallen.

Studien gehen zudem davon aus, dass sich das gesamte durchschnittliche jährliche Erbvolumen in Österreich von aktuell 22 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf 41 Milliarden Euro im Jahr 2050 fast verdoppeln wird. Somit ist in den nächsten Jahren von einem noch deutlich höheren Einnahmenpotenzial durch Erbschaftssteuern auszugehen.

Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten

Erbschafts- und Schenkungssteuern sind eine international etablierte Einnahmequelle. Rund zwei Drittel aller EU-Staaten heben sie ein. Rund zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung sind dafür. Die Wiedereinführung einer progressiven Erbschaftssteuer ist daher dringend nötig. Sie sorgt nicht nur für Steuergerechtigkeit, sondern sie schützt auch unsere Demokratie vor der ausufernden Macht der Reichsten.

Daher hat sich Attac mit einer breiten „Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten“ von über 50 Organisationen auch im Frühjahr während der Budgetverhandlungen für eine solche Steuer eingesetzt. Am 7. Juni haben wir gemeinsam mit dem ÖGB, der AK Wien, der Volkshilfe, SOS Mitmensch, GLOBAL 2000, der Katholischen Aktion und Südwind vor dem Bundeskanzleramt demonstriert und *eine gemeinsame Resolution für eine Erbschafts- und Schenkungssteuer an die Regierung übergeben.*

Leider konnten sich auch diesmal die Lobbys der Reichsten in der Regierung durchsetzen. In Österreich wächst Reichtum daher weiter; vor allem durch Vererbung. Ausgerechnet die leistungslosen Einkommen der Reichsten tragen also nichts zum Allgemeinwohl bei, während es für die breite Mehrheit im Budget massive Kürzungen gab.



Foto: © ÖGB_Harun Çelik

Mai 2026: Attac-Geschäftsführerin Lena Gerdes übergibt die Resolution der Allianz an den Generalsekretär des Bundeskanzleramts, Andreas Grad

GEGENMACHT GESTALTEN!



Gemeinsam als Gegenmacht!

Während Unternehmen durch Eigentum und Kapital über wirtschaftliche und politische Gestaltungsmacht verfügen, braucht es auf der Gegenseite Organisation, Solidarität und kollektives Handeln um Löhne, Arbeitsbedingungen sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen gerecht zu gestalten.

Impressum:
Herausgeber: ÖGB/vida, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Medieninhaber und Hersteller: ÖGB/Gewerkschaft vida, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
ÖGB-ZVR-Nr.: 576439352

powered by GERECHTIGKEIT

un autre monde est possible!

von Anna Lena Buchleitner

In einer Welt, die von Krieg, Klimakatastrophen und autoritären Regimen geprägt ist, sind gelebte Solidarität zwischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und die Verbindung unterschiedlichster Kämpfe essenziell. Beim Weltsozialforum in Cotonou (Benin) im August konnten wir das in der Praxis erleben: Tausende Arbeiter*innen, Aktivist*innen, bäuerliche Bewegungen, indigene Gruppen, lokale Communities, feministische Netzwerke und Diaspora-Gemeinschaften aus aller Welt kamen zusammen, um Perspektiven auszutauschen und gemeinsame Alternativen zu diskutieren.

Das Forum der Zivilgesellschaft

Das Weltsozialforum (WSF) entstand als globalisierungskritischer Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum in Davos, wo jährlich die Reichsten und Mächtigsten der Welt zusammenkommen, um über unsere Zukunft zu entscheiden. Seit 2001 setzt die globale emanzipatorische Zivilgesellschaft diesem Treffen ein eigenes Forum entgegen. An der Gründung des WSF waren neben vielen anderen internationalen Bewegungen auch Attac-Gruppen beteiligt. Nach längerer Pause war Attac Österreich diesmal wieder vertreten.

Die autoritäre Wende und zunehmende Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Bewegungen machten auch vor diesem WSF keinen Halt: Wenige Tage vor Beginn des Forums verhängte die beninische Regierung ein Verbot und verwehrte über 400 – überwiegend west- und ostafrikanischen sowie haitischen – Aktivist*innen die Einreise. Die Teilnehmer*innen vor Ort zeigten sich jedoch widerständig und bewiesen Resilienz: Sie organisierten Workshops und Veranstaltungen an verschiedenen Orten in Cotonou kurzerhand selbst. Unter dem Druck von Aktivist*innen und den lokalen Organisator*innen revidierte die beninische Regierung schließlich ihr Verbot, und die zuvor außer Landes gebrachten Aktivist*innen wurden unter Jubel empfangen.

Dem Globalen Süden zuhören

Mit zwei Tagen Verspätung wurde das WSF an der Universität Abomey-Calavi offiziell eröffnet. Wir besuchten zahlreiche Workshops zu aktuellen Attac-Schwerpunkten (etwa Extraktivismus, Militarisierung oder Kürzungspolitik) und nahmen viele neue Impulse mit, etwa zu feministischen Kämpfen in diversen afrikanischen Ländern oder zum Schuldenerlass für den Globalen Süden. Attac-Organisationen aus der ganzen Welt waren vertreten - etwa aus Marokko, Elfenbeinküste, Togo, Frankreich und Spanien.

In Gesprächen, Workshops und Begegnungen wurde deutlich, dass wir für dasselbe kämpfen: eine Welt, in der Menschen und nicht Profite im Mittelpunkt stehen. Trotz aller Hindernisse bleibt das WSF ein einzigartiger Ort, an dem Bewegungen, Menschen und Organisationen aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammenkommen und nachhaltig Solidarität aufbauen. Cotonou erinnert daran, dass sich der Erfolg eines Forums nicht allein an einem reibungslosen Ablauf bemisst, sondern an seiner Fähigkeit, Verbindungen zu knüpfen, Räume des Widerstands zu eröffnen, den Austausch von Ideen zu ermöglichen und dort gemeinsames Handeln zu stärken, wo es am dringendsten gebraucht wird.





soziale und ökologische kriterien rücken in den hintergrund

EU-kommission steigt bei handelsabkommen aufs gaspedal



von Theresa Kofler

Die EU-Kommission verhandelt und verabschiedet gerade so viele Handelsabkommen wie noch nie – und das so schnell wie noch nie. Auch angesichts der neuen geopolitischen Lage hält die EU an alten Rezepten fest. Eine Übersicht:

EU-USA Zoll-Abkommen

Das Abkommen wurde im Juni vom EU-Parlament abgesegnet. Es senkt Zölle für US-Waren auf 0 Prozent, während umgekehrt mindestens 10 Prozent (für einige Produkte mehr) gelten. Parallel macht die EU weitere Zugeständnisse, etwa im Bereich der Militarisierung, beim Kauf von fossiler Energie oder bei digitaler Regulierung. Die EU-Bevölkerung wird am Ende dafür zahlen, wenn nämlich eine nachhaltige Energiewende verschleppt wird, Geld aus sozialen Bereichen in Militarisierung umgeleitet wird, Jobs aufgrund der Zollpolitik verloren gehen und digitale Rechte eingeschränkt werden. Außerdem steigt das Misstrauen in demokratische Prozesse, wenn es bei so weitreichenden Entscheidungen keine Mitsprachemöglichkeiten gibt – und die EU keine überzeugenden Alternativen zur US-Abhängigkeit präsentiert.

EU-Mercosur-Abkommen

Seit Mai ist das Abkommen in Kraft – ohne Zustimmung des EU-Parlaments und ohne Berücksichtigung eines möglichen EuGH-Urteils zur Rechtsmäßigkeit. Dieses Urteil wird vermutlich erst 2028 publik werden; eine mögliche Anpassung des Abkommens nach dem Urteil und neue Abstimmungen müssen folgen. In der Zwischenzeit werden soziale, ökologische und wirtschaftliche Fakten geschaffen, die schwer bis gar nicht rückgängig zu machen sind. Auch hier sind für die EU und Österreich Jobverluste prognostiziert, Bäuer*innen in ganz Europa haben schon lautstark gezeigt, wie sehr das Abkommen sie unter Druck bringt, und die Hitzewellen des vergangenen Sommers sind erst ein Vorgeschmack auf die Konsequenzen eines zerstörten Amazonas.

EU-Indien-Abkommen

Anfang des Jahres wurde eine politische Einigung verkündet, geplant sind nun Abstimmungen und ein Start des Abkommens bis Anfang 2027. Indien gilt schon jetzt als ein beliebtes Land für „off-shoring“, also zur Verlagerung von Arbeitsplätzen und Produktionsschritten, weil es dort billiger ist. Schockierend sind die unzureichenden Schutzmechanismen gegen Kinderarbeit: In Indien sind jetzt schon rund 13 Millionen Kinder davon betroffen – mit einem Abkommen würde sich das noch verschärfen.

Neben den genannten verhandelt die EU noch eine Reihe weiterer Abkommen: mit Indonesien, Australien, VAE, Philippinen, Thailand und Malaysien; darüber hinaus sind Rohstoffpartnerschaften oder Just Energy Transition Partnerships in Planung.
All diese Abkommen werden mittelfristig die Klimakrise anheizen und zum Rechtsruck beitragen. Unsere Alternative ist klar: Die EU muss regionale Kreisläufe stärken und wirtschaftspolitische Ziele an den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen ausrichten, nicht an Exporten. Global brauchen wir Abkommen, die Menschenrechte und Klimaschutz als Ziele setzen – für die Handel einen Beitrag leisten kann, aber nicht im Zentrum steht.

in der neuen ausgabe der zeitschrift „kurswechsel“ ist attac gastherausgeberin und zeigt, wie demokratische wirtschaftsplanung abseits des kapitalismus funktionieren könnte.

let’s plan! demokratische wirtschaftsplanung – schlüssel zur transformation?

von Mario Taschwer

Die Versorgung und Bedürfnisbefriedigung aller jetzt und in Zukunft lebenden Menschen auf einem intakten Planeten ist das erklärte Ziel von Attac. Wir wissen und spüren, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem dem im Weg steht. Es durchdringt die verschiedensten Gesellschafsbereiche und ist Grundlage für die Ausbeutung von Natur und Menschen. Wir stellen uns der angeblichen Alternativlosigkeit des Kapitalismus entgegen und skizzieren eine Utopie – gerade in Zeiten, in denen die aktuelle Hegemoniekrise den Aufstieg der Rechten befeuert.

Wir dürfen die Planung der Wirtschaft nicht Konzernen oder technokratischen Eliten überlassen, sondern müssen die gesellschaftliche Kontrolle über die wichtigsten Lebensbereiche zurückerobern. Menschen müssen dort einbezogen werden und demokratisch mitentscheiden können, wo sie betroffen sind. Je näher uns (ökonomische) Umstände sind, desto mehr Mitsprache braucht es. Demokratische Planung der Wirtschaft ist nichts anderes als eine gemeinwohlorientierte, feministische, ökologische und demokratische Koordination von wirtschaftlichen Abläufen zum Wohle von Mensch und Natur.

Die Attac-Beiträge …

Lotte Jüsten beschreibt in ihrem Beitrag „Care to Plan. Warum Sorge-Arbeit immer im Zentrum demokratischer Wirtschafsplanung stehen sollte“, warum Care-Arbeit in den Mittelpunkt rücken soll und welche konkreten, transformativen Politiken es bereits gibt. Feministische Ökonominnen und Aktivistinnen kämpfen seit über 100 Jahren dafür, Care-Arbeit und Reproduktionsarbeit als integralen Bestandteil ökonomischer und demokratisch-sozialistischer Politik zu denken.

Im Artikel „Finanzsystem demokratisch planen: Sozialisierung des österreichischen Bankenwesens als gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen“ geht FinanzAttac von einem Verständnis des Finanzwesens als zentraler Planungsinstanz aus, die wirtschaftliche Abläufe durch undemokratische, unsoziale und klimaschädliche Kapitalallokation steuert. Der Beitrag zeigt, wie ein gemeinwohlorientiertes Finanzsystem organisiert werden kann, das die drei Grundfunktionen erfüllt: Zahlungsverkehr, Ersparnisverwaltung und Finanzierungsfunktion.

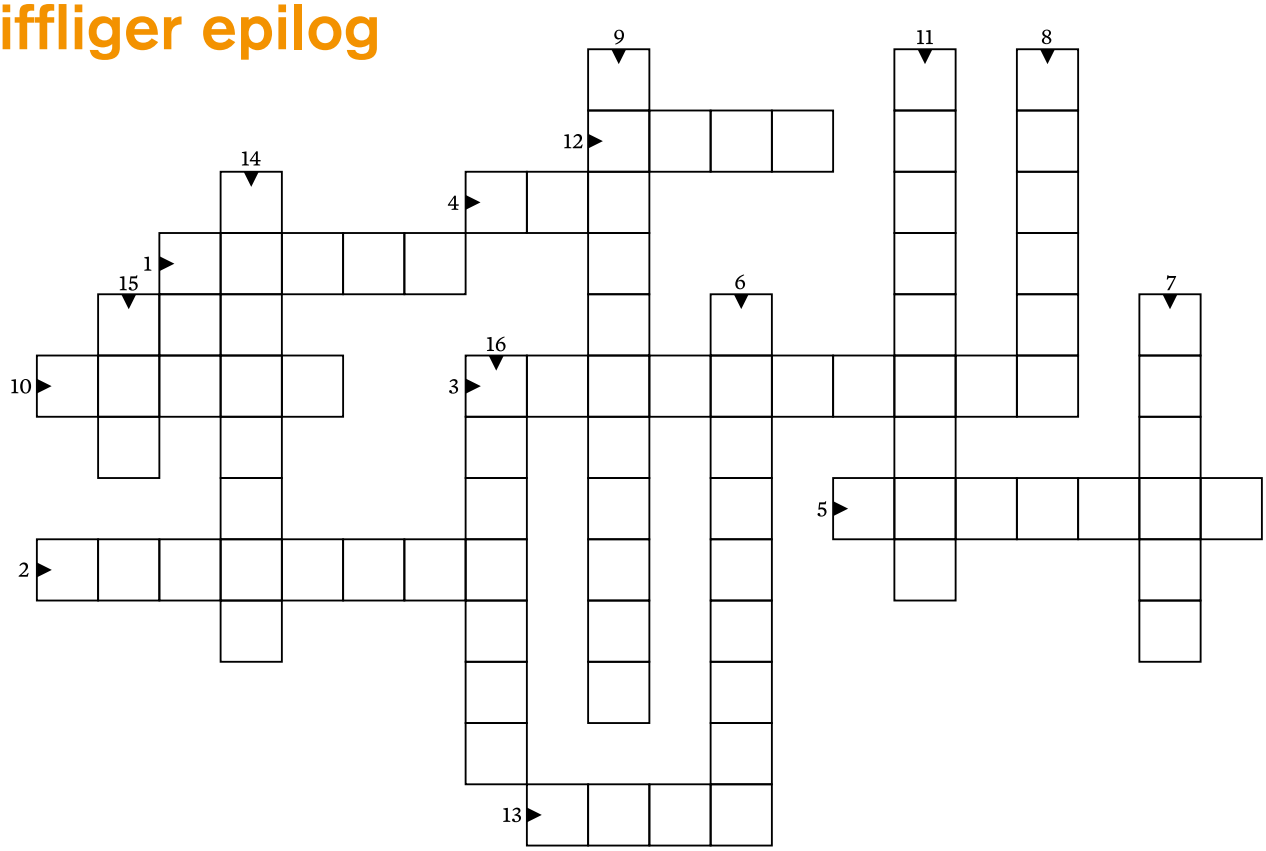
… und weitere Inhalte des Hefts

Dieser „Kurswechsel“ zeigt, wie demokratische Planung konkret aussehen kann: Die Krise der Autoindustrie wird als Chance diskutiert, um klimagerechte Mobilität statt militärischer Aufrüstung zu fördern. Ein Care-basiertes Wirtschafsmodell rückt menschliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt, die Sozialisierung des Bankensektors schafft gesellschaftliche Kontrolle über Investitionen, im Energiesektor schafft neue Planung soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Ein historischer Abriss über Planung in Österreich im 20. Jahrhundert zeigt deren Möglichkeiten auf, und ein Beitrag ruft durch die Synthese von sozialen und ökologischen Planungsansätzen ein Handlungsprogramm aus.



Die Zeitschrift „Kurswechsel“ können Sie im Attac-Shop bestellen: attac.at/shop

kniffliger epilog



waagrecht: 1 In dieser Stadt fanden sowohl SommerAkademien als auch eine AktionsAkademie statt. **2** Dieser Wirtschaftsorganisation gehören Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an. **3** In diesem Wiener Bezirk ist das Attac-Büro zu finden. **4** Hier wurde das 25-Jahre-Attac-Festival gefeiert. **5** „... macht brechen!“ lautet der Titel eines Attac-Buches. **10** In dieser Stadt wurde der Nachfolgevertrag des Kyoto-Protokolls geschlossen. **12** Wurde 1999 vorerst als Buchgeld eingeführt. **13** So viele AktionsAkademien gab es insgesamt.

senkrecht: 6 Das der EU hat derzeit acht Fraktionen. **7** Hier wird mit Aktien, Anleihen und Devisen gehandelt. **8** Ganz vorne mit dabei, wenn es um Steuertricks, Ausbeutung und Klimazerstörung geht. **9** Ein Grundsatzpapier ist die Attac-... (2010 „Ein gutes Leben für alle“, aktualisiert 2025 „Eine andere Welt gestalten“). **11** Mit 3,8 Prozent war sie 2025 in Österreich deutlich höher als der Durchschnitt in der Eurozone. **14** Hier fand die allererste SommerAkademie statt. **15** Kurz für ein Attac-Bildungsprogramm, das sich an junge Menschen richtet. **16** Nein, die haben nicht immer recht!

finde die 10 fehler im rechten bild

Die Lösungen gibt’s hier: *attac.at/aufloesung*





ÖSTERREICHISCHE
HOCHSCHÜLER_INNENSCHAFT

ÖH

Deine Vertretung im Studium

FOLGE UNS AUF SOCIAL MEDIA! @BUNDESOEH

Die ÖH ist das gesetzliche Sprachrohr von und für Studierende. Außerdem erleichtern wir den Studienalltag mit Service- und Beratungsleistungen, wie beispielsweise unsere Förderangebote für Studierende in sozialen Notlagen, wissenschaftliche Projekte und Forschungen, Projekte von Heimvertretungen, die Unterstützung von ausländischen Studierenden und Klimaschutzprojekte. Auf unserer Website findest du mehr Details zu unseren Angeboten, unserer politischen Arbeit, sowie zu aktuellen Projekten: www.oeh.ac.at

Wie behandeln wir obdachlose Menschen?

Mit deiner Spende.

neunerhaus

Zum Glück wollen nicht alle im Großkonzern arbeiten...

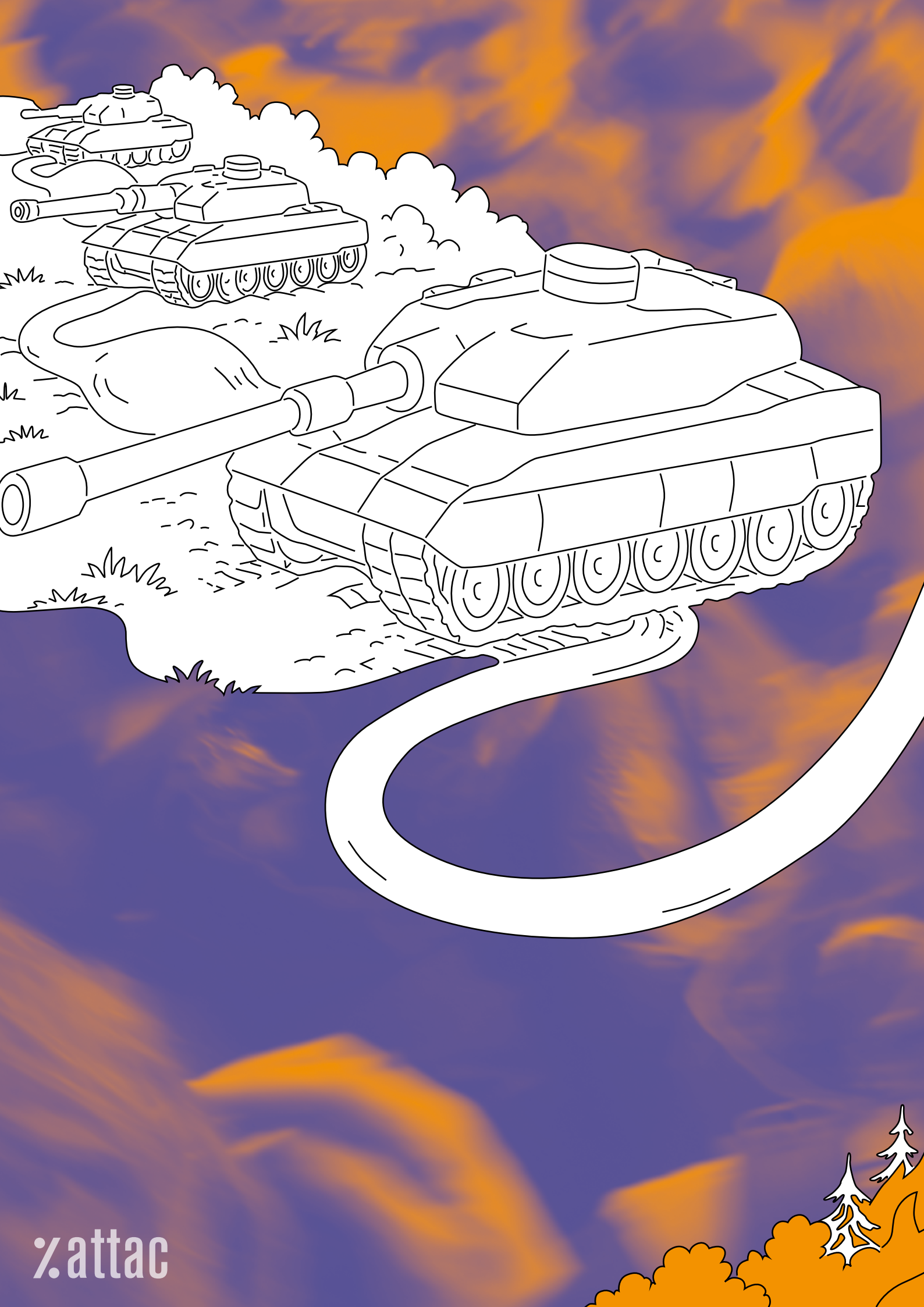
...die besseren Jobs gibt es auf

ngojobs.eu



Zu bestellen im Attac-Shop:
attac.at/shop




attac